

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 9

Artikel: Lehrfreiheit in Deutschland? : Prof. Riemeck : Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut ; Brief von Friedrich Wilhelm Foerster an Kultusminister Schütz
Autor: Riemeck, Renate / Foerster, Friedrich Wilhelm
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

müßten wir noch einmal über diesen Begriff Freiheit diskutieren, der offensichtlich bei uns von anderen Voraussetzungen verstanden wird als etwa in Rußland und China. Beinhaltet er dort vor allem die Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit und wird demgegenüber etwa die parlamentarische Wahl gering geachtet, weil diese Völker sie nie gekannt haben, so sehen wir sie an der in der parlamentarischen Demokratie gewährleisteten Teilhabe an der politischen Entscheidung gebunden. Ich möchte nicht den einen gegen den anderen Begriff abwägen, weil das den Brief überlasten würde. Wesentlich ist mir nur, daß der genannte Maßstab gültig bleibt und nicht durch irgendwelche Ideologien östlicher oder westlicher Richtung, auch nicht durch eine christliche Ideologie beeinträchtigt wird.

In diesem letzten Punkt hoffe ich wiederum mit Ihnen einig zu gehen, daß keine christliche Ideologie und das heißt dann auch keine christliche Dogmatik, nichts von dem, was Sie bei der christlichen Botschaft zurückweisen, diese politische, wirtschaftliche und soziologische Bewertung bestimmen darf, daß es dabei allein darum gehen soll, auf welcher Seite dem Nächsten besser gedient wird. Aber dafür gilt es zunächst die Voraussetzungen zu schaffen, und auch darin hoffe ich mit Ihnen einig zu sein, daß wir alles daransetzen müssen, daß diese Voraussetzungen, eine Entspannung der weltpolitischen Gegensätze, geschaffen werden.

Ich erlaube mir, diesen Brief einigen befreundeten Blättern zu geben, und bleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener *Dr. Hans-Werner Bartsch*

Lehrfreiheit in Deutschland?

Wir brachten in der Juli/August-Ausgabe der «Neuen Wege» den Artikel «Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen» von Professor Renate Riemeck. Nicht allen unsern Lesern wird bekannt sein, daß der Verfasserin dieser und ähnlicher Äußerungen wegen das Recht, Prüfungen abzunehmen, entzogen wurde. Diese Maßnahme, vom Kultusminister von Rheinland/Westfalen, Werner Schütz, verfügt, soll eine tapfere Kämpferin für den Frieden und dadurch notwendigerweise auch Gegnerin der Adenauer-Regierung zum Schweigen bringen.

Wir veröffentlichen zu diesen Vorkommnissen einen Brief Professor Riemecks an einen befreundeten Pfarrer, das Protestschreiben des weltbekannten Pädagogen Friedrich Wilhelm Förster an Minister Schütz und einen Kommentar des Hamburger Blattes «Die Andere Zeitung», Nr. 62, 1960.

Prof. Riemeck: Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut

Wie uns bekannt wird, haben sich Freunde von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck zu einem «Freundeskreis Riemeck» zusammengeschlossen. Die Federführung hat Pfarrer Gottfried Wandersleb, Herne i. W., Bismarckstraße 98a, übernommen. In einer ersten Publi-

kation veröffentlicht der Kreis unter anderem einen Brief von Frau Prof. Riemeck an Pfarrer Wandersleb. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Pfarrer!

Ich habe viel darüber nachgedacht, was Sie und viele andere Menschen an dem «Fall Riemeck» so sehr bewegt und beschäftigt. Die erste Aufregung hat sich gelegt. Man beginnt, über die grundsätzliche Seite der ganzen Angelegenheit nachzudenken. Das ist gut, denn es darf dabei gar nicht um meine Person gehen.

Wenn Sie mich nach meiner Beurteilung der Sachlage fragen, die zu einem heftigen Für und Wider in der Presse geführt hat, so möchte ich folgendes sagen:

Die entscheidende Frage bei meiner durch das Kultusministerium getroffenen Maßregelung (denn als solche muß ich die Abberufung aus dem Prüfungsausschuß werten), scheint mir nicht in dem Problem zu liegen, ob die Meinungsfreiheit unterdrückt werden soll oder nicht. Das Problem ist vielmehr, auf welchen Inhalt man die verfassungsmäßig verbürgte Meinungsfreiheit jetzt und für die Zukunft festlegen möchte. Es geht um dieses: Kritik an der Politik des Westens, auch an der Politik der Bundesregierung darf geübt werden, wenn gleichzeitig das erwünschte Soll an ablehnender Kritik gegenüber dem Osten erfüllt wird.

Man wirft mir nicht vor, daß ich unwahre Behauptungen über die Bundesregierung oder die westliche Politik verbreitet hätte. Man wirft mir vor, daß ich mich nicht im Sinne des Kalten Krieges gegen den Osten äußere und erblickt darin eine ausgesprochene «Einseitigkeit». Das ist die Kernfrage, um die sich alles dreht.

Nun, es besteht für mich kein Zweifel, daß der Kalte Krieg die prinzipielle Verneinung der Koexistenz ist. Aber es gibt keine Alternative zur Koexistenz. Wir müssen es deshalb begreifen, daß der eigentliche Feind der Menschheit nicht der Kapitalismus oder der Sozialismus, sondern einzig und allein der Atomkrieg ist.

Wer — wie unser Freund *Heinrich Vogel* — den «Ruf von Hiroshima» vernommen hat, der weiß auch, daß es nur ein einziges, realistisches Ziel aller politischen Bemühungen geben darf: die beiden großen Weltsysteme müssen es lernen, nebeneinander zu leben. Die Auseinandersetzung über die bessere der beiden Gesellschafts- und Wirtschaftsformen kann nicht durch Anwendung militärischer Gewalt entschieden werden. Wir müssen es also erreichen, daß der Wettkampf zwischen den beiden Systemen mit wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln ausgetragen wird.

Das aber setzt voraus, daß wir danach trachten, ein neues Verhältnis zum Osten zu gewinnen.

Das Nein zur Koexistenz führt in die Katastrophe. Wir müssen uns deshalb darauf einstellen, daß wir den Weg der Verhandlungen

und nicht den der fortgesetzten Aufrüstung zu gehen haben. Das heißt: Wir müssen diejenigen, mit denen wir verhandeln wollen, als verhandlungswürdig betrachten. Wir müssen also die Sowjetgesellschaft als das nehmen, was sie ist: das Produkt einer geschichtlichen Entwicklung, die nicht rückgängig gemacht werden kann.

Der Westen kann mit dem Osten in die Koexistenz eintreten in dem Bewußtsein, daß er der künftigen Menschheit das große Erbe seiner eigenen Kultur und Zivilisation einbringt. Mit Raketen und den Parolen des Kalten Krieges erreichen wir nichts. Wir steigern nur die ohnehin ständig vorhandene Kriegsgefahr.

Ich glaube, daß es nach westlichen Begriffen sehr vieles gibt, was am Osten zu kritisieren wäre (wie es umgekehrt auch der Fall ist). Was man aber jetzt von mir verlangt, ist nicht eine sachliche Auseinandersetzung mit Erscheinungen in der östlichen Welt, sondern eine — dem Kalten Krieg dienende — Kritik im Sinne einer zerstörerischen Todfeindschaft. Dazu bin ich nicht bereit.

In der vergifteten Atmosphäre des Kalten Krieges will man ja gar keine sachliche Auseinandersetzung. Diese gilt schon als kommunistenfreundliche «Anbiederung». Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut, jedes Verständnis für die Reaktionen der «Sowjetmenschen» ausschließt, Abscheu und Furcht hervorruft und also den friedlichen Wettbewerb zwischen Ost und West als unmöglich erscheinen läßt.

Das steht im Widerspruch zu den besten Traditionen der westlichen Demokratie. Diese Demokratie gründete sich bei ihrer Entstehung darauf, daß die Regierten sich ein genügend großes Wissen erwerben, um die Regierenden für ihre Entschlüsse und Entscheidungen zur Rechenschaft ziehen zu können. Politiker, die sich diese urdemokratische «einseitige Kritik» nicht gefallen lassen wollen, sind bewußt oder unbewußt dabei, von der überlieferten westlichen Demokratie Abschied zu nehmen. Der Kalte Krieg ist nicht zuletzt auch ein willkommener Anlaß, um die Kritik an Fehlern und Irrtümern der eigenen Politik durch die Kritik an den «Andern» zu lähmen. Wir sollten deshalb alle, wie das der Amerikaner *C. W. Mills* vorschlägt, «Kriegsdienstverweigerer des Kalten Krieges» werden. Wir dienen dann der Demokratie und arbeiten für die Koexistenz.

In Verbundenheit
Ihre
gez. Renate Riemeck

Brief von Friedrich Wilhelm Foerster an Kultusminister Schütz

Friedrich Wilhelm Foerster, Ph. D. D. D., der weltbekannte Pädagoge, ehemals Professor der Philosophie und Pädagogik an den Universitäten Wien und München, der wegen seiner gegen die deutsche Militärpolitik gerichteten Stellungnahme schon in der Weimarer Republik sein Amt aufgeben mußte, schreibt:

New York, July 25, 1960

«Dem Herrn Kultusminister Schuetz
von Nordrhein-Westfalen

Hochgeehrter Herr Minister!

Soeben berichten mir meine deutschen Freunde von Ihrer Aktion gegen Frau Professor Renate Riemeck. Erlauben Sie mir, als einem der ältesten deutschen Pädagogen, Sie im wahren deutschen Interesse sehr dringend um Revision dieser Aktion zu bitten. Da Frau Renate Riemeck nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland weithin als eine Erzieherin ersten Ranges bekannt ist, die auch von der jungen deutschen Generation mit Recht hoch verehrt wird, so müßte ein schwer wieder gut zu machender Schaden aus jeder amtlichen Unterdrückung der Wirksamkeit dieser höchst verehrungswürdigen Frau entstehen. Ich selber würde mich verpflichtet fühlen, mit meiner ganzen Autorität dafür einzutreten, daß eine solche Erzieherin der deutschen Jugend nicht nur vor jeder Unterdrückung und Verfolgung sichergestellt, sondern vielmehr noch ganz besonders geehrt würde. Da ich nur annehmen kann, daß Sie, hoch geehrter Herr Kultusminister, über diesen Fall ungenügend informiert wurden, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Sie sicher bereit sein werden, Ihre Entscheidung in dieser Sache von Grund aus zu revidieren, und Frau Professor Riemeck durch irgendeine besondere Ehrung für die über sie verhängte Bedrohung zu entschädigen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr aufrichtig ergebener
gez.: Unterschrift»

(Schluß folgt)

Die portugiesischen Kolonien in Afrika

«Die portugiesischen Kolonien sind Afrikas ‚Zone des Schweigens‘ genannt worden, und kein Wunder», schreibt *Basil Davidson* in seinem Vorwort zu der soeben erschienenen UDC-Broschüre (Union of Democratic Control) von *Abel Djassi*. Djassi gehört zu den leitenden Kräften der neugebildeten «Frente Revolucionária Africana Para a Independencia Nacional das Colónias Portuguesas» (FRAIN). «Was Mozambique zu einem unbekanntem Land macht, ist die Tatsache, daß seine Bevölkerung keinerlei Möglichkeit hat, ihre Lage zu schildern», hat kürzlich auch ein amerikanischer Anthropologe, Professor Mervin Harris, festgestellt. Er fährt fort: «Sie sind fast alle Analphabeten, sorgfältig gegen aufrührerische Nachrichten aus dem Ausland abgeschirmt und sogar körperlichen Strafen und Deportation aus-